



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wagner, Hans: Die deutsche Weltpolitik. 5

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

und es genügt, darauf zu verweisen. Dagegen ist die Behauptung, daß aus der Verstärkung der Flotte sogar Nachteile für die Landwirtschaft zu befürchten seien, denn doch, wenigstens an solcher Stelle, überraschend neu. Es erscheint uns geradezu unerhört, wenn in dieser Weise in die Masse der deutschen Landwirte etwas so absolut Unerwiesenes, Unerweisbares, objektiv Unwahres hinausgerufen wird. Nicht nur damit also will man sich begnügen, daß man unsern Bauern sagt, die für des Vaterlands Wohl und Bestand so unerläßlich und so dringend nötige Flottenvermehrung geschähe nur zum Vorteile der sogenannten „Seeinteressenten,“ sondern es soll ihnen auch noch die Ansicht beigebracht werden, sie gereiche ihnen selbst zum Nachteil. Wie könnte man sich bei einer so ausgesprochen agitatorischen Behandlung der Sache noch wundern, wenn den verbündeten Regierungen endlich ernstliche Zweifel an dem guten Willen der Reichstagsmehrheit in der Flottenfrage und an der Möglichkeit aufstießen, mit ihr überhaupt weiter zu des Reiches Besten arbeiten zu können. Diese Behandlung einer so ersten großen Sache kommt schon der Stufe der demokratischen und sozialdemokratischen Vaterlandsliebe unheimlich nahe, und die Forderung der Maximalpräsenzzahl für Heer und Flotte vervollständigt diesen Eindruck. Man muß entschieden verlangen, daß die ausschlaggebende Mehrheit im Reichstag mit dieser verhängnisvollen Politik, in die sich die Parteien schon zu tief verrannt haben, energisch bricht. Losgelöst von dem Banne der Partei würden die einzelnen diese Mehrheit bildenden Männer wohl fast ohne Ausnahme die Unerträglichkeit und Verwerflichkeit einer solchen Politik anerkennen. Aber die Partei beherrscht die Einzelnen ganz und gar, der Partei bringt der Einzelne alles zum Opfer, sogar Vernunft, Vaterlandsliebe und politische Ehrlichkeit.

ß



Die deutsche Weltpolitik

Von Hans Wagner (Charlottenburg)

5



ie Expansionspolitik, die alle modernen Völker treiben, hat die Reibungsflächen zwischen ihnen so vermehrt, daß die Gefahr von ersten Konflikten dauernd geworden ist: wenn sie noch nicht zum Ausbruch gekommen sind, so liegt das weniger an der Gelegenheit, als an der Erkenntnis, daß bei der gegenwärtigen Weltlage ein solches Unternehmen, wie es der Krieg mit einer modernen Weltmacht ist, kaum die Spezen tragen dürfte. Zumal jetzt, wo die Kontinentalpolitik auf der ganzen Linie zur Weltpolitik überzugehn im Begriff ist, und neu auftauchende Staatengebilde die alten Freundschaften zu neuen Erklärungen

nötigen, ist jedes Kabinett vor die Lösung eines so schwierigen Problems gestellt, daß es sich hüten wird, durch irgend welche übereilten Schritte das Schicksal des eignen Volkes und vielleicht der Welt herauszufordern. Bei einer solchen Lage wird die Politik mehr als je zu einer „Kunst des Möglichen,“ wie Bismarck sagte, und die sich privatim, ohne staatsmännische Verantwortunglichkeit, mit ihr beschäftigen, sollten sich mehr als je hüten, in irgend einem Gefühlsausbruche „Fenster einzuwerfen, die die Diplomatie schwer bezahlen muß.“

Betrachten wir hier zunächst die Ziele, die die Politik der einzelnen Staaten im Auge hat, um uns so über die Stellung klar zu werden, die Deutschland einnehmen muß.

Rußland steht sonderbarerweise in dem Rufe, in seiner Diplomatie unwiderstehlich zu sein, und doch hat es bisher keines seiner Ziele erreichen können, sondern fast immer Niederlagen und Zurückdämmungen erlebt. Peter der Große hat seinen Nachfolgern die Aufgabe hinterlassen, Rußland die Bahn zum Meere frei zu machen. Die nicht eisfreien Häfen der baltischen Provinzen genügten für das gewaltige Hinterland nicht. Die weiteren Schritte auf dieser Bahn brachte Rußland mit Preußen in Berührung. Es mag sein, daß der Haltung Rußlands im Siebenjährigen Kriege und dem Treubruch Alexanders I. bei Tilsit geheime Wünsche auf die ostpreußischen Häfen zu Grunde lagen. Die russische Expansionspolitik wandte sich dann dem Südwesten und Süden zu und vollte so die Orientfrage auf. Es hat indessen nur Gebietserwerbungen in Polen und Bessarabien machen können, sein Ziel, der Ausgang nach dem Mittelmeer, blieb ihm versagt, trotz mehrerer Kriege. Die Periode der Prestigepolitik Nikolaus des Ersten endete überraschend plötzlich im Krimkrieg und offenbarte den Staaten die innere Schwäche dieses ausgedehnten, aber in sich nicht gefestigten Reichs. Der Versuch, als Hort des Panlawismus einen Druck auf Österreich auszuüben und die kleinen Balkanstaaten in ihren nationalen Bestrebungen zu unterstützen, hat ebenfalls mit einem Fiasko geendet. Die Türkei erwies sich als unerwartet widerstandsfähig und ist nur gekräftigt aus diesem Kampf hervorgegangen. Unter Bismarcks Vermittlung wurde der russische Übermut auf dem Orientkongreß in Berlin gezügelt und dagegen Österreichs Stellung auf dem Balkan gestärkt. Über die Dardanellen durfte Rußland nicht hinaus. Es scheint nun, daß es sich, die derzeitige Aussichtslosigkeit seiner panslawistischen Bestrebungen einsehend, vorläufig mit Österreich (1897) auf einen modus vivendi geeinigt hat und die Orient- und Dardanellenfrage hat zurückstellen müssen. In seinen Expansionsbestrebungen ist dann Rußland an der Grenze des Möglichen entlang weiter nach Osten geglitten und strebt nun durch Persien dem Meere zu. Neuerdings kommen Meldungen aus Petersburg, die den Schluß zulassen, daß es wieder ein stärkeres Interesse für die Balkan- und Dardanellenfrage bekunde, und zwar deshalb, weil England an dieser Stelle jetzt weniger feindliche Neigungen zeigen solle. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, dann hat sich die russische Diplomatie auf den Leim locken

lassen. Denn am Goldnen Horn stoßen sich die Wünsche fast aller andern Staaten gegen Rußland, und dieses würde sich ernstern Schwierigkeiten besonders bei Österreich gegenübersehen. In Persien dagegen war Rußland mit England allein, und so würde denn, falls jene Nachricht richtig wäre, England nun wieder einmal den russischen Bären von Mittelasien abgelenkt haben. Aber auch in der Lösung der persischen Frage hat die russische Politik wohl denselben Fehler machen wollen, wie seiner Zeit in der Orientpolitik; sie greift zu weit und überschätzt ihre Machtmittel. Wie in der Dardanellenfrage, so kann auch hier der endgiltige Erfolg höchstens sein bis zum Meere, aber nicht auf das Meer, denn die Thürklinke ist in der Hand der Seemacht England, und ohne eine ernsthafte Auseinandersetzung ist nicht daran zu denken, daß dieses seine Hand von der Klinke abziehen wird. Ob aber die Offensivkraft Rußlands hinreicht, einen erfolgreichen Vorstoß nach Indien zu machen, wird selbst von russischen Militärs bezweifelt. Nur besondere Umstände können den für ein so schwerfälliges und finanziell unentwickeltes Volk übergroßen Unternehmungen Glück bringen — und diese besondern Umstände scheint es sich von Deutschland schaffen lassen zu wollen. Für seine ostsibirischen Besitzungen hat Rußland seinen Meerausgang und damit sein natürliches Ziel erreicht. Aber es scheint, daß es auch hier darüber hinauszugehn gedenkt und seine Hand nach China ausstrecken will. Es zeigt sich immer mehr, daß es geneigt ist, einem ländergierigen Imperialismus zu huldigen und so alle die Nationen zu schädigen, die auf neutrale Handelsgebiete angewiesen sind. Wenn das Streben Rußlands, sich der Eisenbahnen von Kleinasien und Persien zu bemächtigen und auch in China die Vormachtstellung zu erringen, aufrecht erhalten werden sollte nach den Ausführungen der Nowoje Wremja vom 10. Februar dieses Jahres: „Es ist die uralte elementar-mächtige Strömung Rußlands, die Stellung zwischen Europa und Asien einzunehmen als geistiger und geographischer Vermittler, ein historischer Anspruch, für den es sich stark genug fühlt, und den es als historische Pflicht auffaßt“ — wenn das hier niedergelegte Programm praktisch durchgeführt werden sollte, dann müssen alle Völker dagegen Stellung nehmen, die nicht auf die handelspolitische Gnade Rußlands angewiesen sein wollen, und auch Deutschland, das eine Zukunft sucht in Kleinasien und China, wird sich nicht ausschließen dürfen, sondern in einem neuen Berliner Kongreß wie Bismarck damals in der europäischen Orientfrage, so in dieser asiatischen Rußland seine Grenzen abstecken müssen. Solange Deutschland reine Kontinentalmacht war, konnte es ruhig mit ansehen, was die andern Völker in Asien trieben, vorausgesetzt, daß nicht der österreichische Bundesgenosse in seiner Existenz gefährdet wurde. Aber seitdem Deutschland eine nationale Außenpolitik zum Schutze seiner wirtschaftlichen Zukunft treibt, hat es genau darauf zu achten, daß ihm sein Anteil an den bisher neutralen Märkten nicht geschmälert wird, und darum darf es jetzt der russischen Expansion nicht mehr so interesselos gegenüber stehn, wie das noch zu Bismarcks Zeiten möglich war. Das sollten die bedenken, die dauernd predigen, Deutschland solle sich

an Rußland anschließen, und an freundschaftliche Gefühle Rußlands für das Deutsche Reich glauben machen wollen. In Wahrheit hat Rußland die „Freundschaft“ Deutschlands zu suchen, denn nur wenn diese besteht, könnte Rußland seine asiatische „Pflicht“ erfüllen. Rußland ist ein zusammengewürfeltes Reich, es hat seine finnländische, polnische, kosakische Frage, es ist noch lange kein Einheitsstaat, sondern steckt voll partikularistischer Bestrebungen. Das entgeht nur den meisten, weil diese Gegensätze nicht öffentlich zum Ausdruck kommen dürfen. Dieser Mangel an Konzentration verbunden mit wirtschaftlicher Schwäche würde das russische Reich bald — wie im Krimkrieg — kampfunfähig machen, wenn etwa die westslawische Frage gerade dann aufstauete, wenn Rußland an irgend einer Stelle seiner ausgedehnten kolonialen Grenzen beschäftigt würde. Darum die unangenehme Laune in Rußland, sobald in Preußen eine milde Handhabung der Polenpolitik bemerkbar wurde, die die Geister auch im russischen Polen weckte. Als Preußen bei Beginn seiner neuen Laufbahn Rußlands Neutralität bedurfte, genügte es, daß Bismarck in der Konvention von 1863 — entgegen der polenschwärmischen Stimmung in Deutschland — eine entschiedne Stellung gegen die polnischen Insurgenten einnahm. Allerdings ließ sich Rußland 1870 für seine „Freundschaft,“ wie man die russische Neutralität vielfach zu nennen beliebt, noch ein besondres Geschenk verabsolgen, indem es unter Bismarcks Vermittlung von England die freie Kriegsschiffahrt auf dem Schwarzen Meere, die ihm seit dem Krimkriege verboten war, zugestanden erhielt. Von dieser preussischen Freundschaft erhofft Rußland, daß sie die Aufrollung der westslawischen Frage durch Oesterreich im Augenblick der russischen Festlegung in Asien nicht zulassen werde. Der Panlawismus bedeutet eine Gefahr für den Bestand der österreichischen Monarchie, und sie wird für Oesterreich nur dann beseitigt sein, wenn es — nach dem Grundsatz „Der Hieb ist die beste Deckung“ — diesen Panlawismus zu teilen sucht und den Westlawismus unter seinen Doppeladler lockt. Gelingt Oesterreich dieses, so würde Rußland gänzlich nach Osten abgedrängt und auf eine dann kaum noch aussichtsreiche Konkurrenz mit England in Asien verwiesen werden. Rußland hat darum alle Ursache, den Dreibund nicht zu reizen, und so erklärt sich erstens seine „Freundschaft“ zu Deutschland, zweitens seine jetzige Reserve in der Balkanfrage Oesterreichs wegen und drittens seine kalte Freundschaft für Frankreich.

Das sogenannte russisch-französische Bündnis fordert ja von Rußland nur eine Aktion, wenn Frankreich von Deutschland angegriffen wird. Da diese Möglichkeit bei dem deutschen Friedensinteresse ausgeschlossen ist, so hat der Vertrag keine reale Bedeutung, sondern er enthält nur die Andeutung, daß Rußland Frankreich in Kampfstellung bringen könnte, wenn die slawische Lawine ins Rollen käme und Deutschland für seinen Bundesgenossen Oesterreich mit den Waffen Partei nehmen müßte. Es ist also Rußland, nicht Deutschland, das freundschaftlicher Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg bedarf. Indessen genügt der zarte Wink mit dem revanchelustigen Frank-

reich nicht, um Deutschland freundschaftlichen Respekt einzulößen. Mit dem finanziell schwachen und unkonzentrierten Rußland und dem in sich zerfallnen Frankreich allein kann es Deutschlands Stoßkraft, die durch die an Deutschlands Kraftstellung interessierten Staaten von Österreich, Rumänien und der Türkei von Südosten her, von Südwesten her durch Italien unterstützt wird, leicht aufnehmen, wenn nicht eine andre Macht in die Waagschale geworfen wird, England. Im Interesse Rußlands liegt deshalb die Verfeindung Deutschlands und seiner Verbündeten mit England, und russische Pressagenten verfolgen diese Aufgabe denn auch mit großem Eifer. Bei einem Kampfe zwischen Zweibund und Dreibund würde bei einem Eingreifen Englands zu Gunsten des Zweibunds zunächst Italien sehr bald mattgesetzt werden können, sodas dann Deutschland und Österreich den Kampf allein führen müßten. In dieser Lage würde Deutschland der weitaus schwierigsten Prüfung ausgesetzt sein, weil es nach drei Seiten zu kämpfen hätte. Daß bei der andern Möglichkeit, dem Zweikampf zwischen Deutschland und England, unser Nachbar jenseits der Vogesen nicht zögern würde, gegen uns die Waffen zu ergreifen, haben die Enthüllungen über die französischen Averbietungen nach der Jamesonschen Depesche zur Genüge bewiesen. Rußland würde, selbst wenn es seine Neutralität beibehielte, jedenfalls das nur für guten Lohn thun, wie 1871, indem es im europäischen und asiatischen Orient sein Schäfchen ins Trockne brächte, und es könnte zudem später noch, worauf es ihm am meisten ankäme, das jedenfalls für diese Neutralität dankbare Deutschland gegen den dann einzigen russischen Widersacher, England, nach Belieben ausspielen: kurz, es wäre die alleinige Macht in Europa, und Deutschland sein politisches Anhängsel.

Diese Bestrebungen, Feindschaft zwischen England und Deutschland zu säen, scheinen der jetzigen russischen Diplomatie bei der verworrenen Haltung der deutschen Privatpolitiker das geeignetste Mittel zu sein, um Deutschland an Rußland zu fesseln. Ein andres Lockmittel schwebt dem russischen Staatsmann Scherebnow vor, er hat es vor vier Jahren in einer Denkschrift über Rußlands auswärtige Politik preisgegeben. Scherebnow hält es für nötig, Österreich zu vernichten und aus den übrig bleibenden Teilen Österreichs und der Türkei deutsche und slawische Mittelstaaten zu bilden, die einen unter deutschem, die andern unter russischem Schutz. Da in Deutschland kein vernünftiger Mensch diesen Vorschlag des Treubruchs, aus moralischen Rücksichten nicht minder wie aus politischen, acceptieren wird — der zudem nur Rußland stärken und ihm die Dringlichkeit zur maßvollen Haltung abnehmen würde —, so hat es Rußland vorgezogen, Österreich einstweilen möglichst zu beruhigen, einerseits wegen der Balkanpolitik, und dann wegen der national slawischen Kleinstaatsbestrebungen in der österreichischen Monarchie, die ja nur unter russischem Nachdruck verwirklicht werden könnten. Das letzte geschah noch anfangs März in dem russischen Regierungsblatt St. Petersburger Herald. Da hieß es gegenüber einer Anzapfung des jungtschechisch-panslawistischen Ignat Horica, der den Zaren anrempelte, weil er, anstatt an der Spitze von Tschechen und

Franzosen über das Deutschtum an der Spree und Donau herzufallen, eine Friedenskonferenz berufen habe: „Die hohe Achtung vor fremden Rechten, die sittliche Überzeugung von der gleichmäßigen Gültigkeit der legalen Daseinsansprüche der Staaten veranlaßte Rußland zur Initiative der Konferenz. . . . Die Herren mögen sich merken: Wir haben nach der innersten Struktur unsers Vaterlands ein eignes, ein rein russisches Interesse an der Erstarbung der Autorität überall, an der Festigkeit eines nah benachbarten, konservativ verwalteten großen Staats, dessen Individualität wir respektieren, wie er die unsrige respektiert. Für die Schöpfung kleiner, aufgeregter westslawischer Demokratien an unsrer Grenze hat kein Mensch in Rußland Interesse“ — weil die Trauben zu hoch hangen. Man versucht nun eben ein geeigneteres Mittel, die Verhezung Deutschlands mit England. So hofft man den Rücken frei zu haben, wenn es zur Auseinandersetzung in Asien kommt. Zugleich erstrebt Rußland eine freundschaftliche Stellung zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die über kurz oder lang zweifellos sowohl mit England wie mit Deutschland aus weltwirtschaftlichen wie kolonialpolitischen Gründen in Widerstreit geraten werden.

Bevor ein englisch-deutscher Gegensatz akut geworden ist, wird Rußland die ultima ratio in Asien nicht wagen, und es vermeidet daher alles, was ein frühzeitiges Vosschlagen herbeiführen könnte: es weist die französischen Gelüste auf Ägypten ab und erlaubt seinem Bundesgenossen, ein Fäschoda einzustecken; es vermeidet, aus der südafrikanischen Frage Kapital zu schlagen.

Als Gegenzug gegen diese russischen Künste, Deutschland als Sturmbock zu benutzen, könnte in Frage kommen, ob man Rußland nicht seine Schwachfigur, Frankreich, abspenstig machen und es so matt setzen könnte, damit Deutschland nach London und Petersburg in gleicher Weise freie Hand hätte. In der That ist aus der persönlichen Initiative Kaiser Wilhelms II. heraus manches geschehn, um die Franzosen von ihrem Revancheeifer zu bekehren. Aber diese Versuche können lediglich den persönlichen Haß des Franzosen gegen den Deutschen dämpfen, die gesellschaftlichen Beziehungen auf das notwendige Maß der Gefittung führen, der Feindschaft Frankreichs wieder einen ritterlichen Anstrich geben. Die politische Gefahr aber läßt sich nicht beseitigen. Der französische Volkscharakter birgt so viel Leidenschaft in sich, daß er aus sich heraus eine Gefahr ist und bleiben wird, solange nicht eine andre Blutmischung ein andres Temperament erzeugt. Dazu kommt die politische Unberechenbarkeit, die jedem rein parlamentarischen Lande, besonders Republiken, anhaftet. Auch wenn Frankreich Elsaß-Lothringen zurück erhielte, oder gerade dann, würde es ein Herd der Beunruhigung für Europa bleiben. Wie Frankreichs innere Geschichte nur Zersahrenheit kennt und kennen wird, so wird es auch immer der Sitz der Prestigepolitik sein, gemäß dem Charakter seiner Bewohner, wie dem deutschen Charakter die ruhige Realpolitik, die Kunst des Möglichen, die Friedenspolitik angemessen ist. Auch wenn in einzelnen Fällen, z. B. in der Regelung kolonialer Fragen, ein Einvernehmen erzielt wird, es bleibt der Spruch auch

für die Franzosen immerdar bestehen: *Timeo Danaos et dona ferentes*. Die Franzosen sind nicht allein der Erbfeind Deutschlands, sondern sie sind der Erbfeind des Völkerfriedens.

Und selbst wenn eine Versöhnung zustande käme, dann bliebe noch immer ein Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschlands Verbündeten, Italien und Österreich, die nicht dulden können, daß Frankreich sein Verlangen, die unbeschränkte Herrschaft im Mittelmeer, erfüllt sehe, und die darum enge Beziehungen zu dem seegewaltigen England unterhalten müssen. Insbesondere ist Italien wegen seiner langgestreckten Küsten und wegen seines Kohlenbedarfs auf England angewiesen und kann niemals in Feindschaft zu ihm treten, ohne seine Existenz zu gefährden. Wie das Bündnis zu Deutschland seine Landgrenzen sichert, so sichert England seine Küste, und aus diesem Grunde ist Italien das Bindemittel des Dreibunds zu England.

Sehen wir zu, welche Interessen Englands Weltpolitik zu wahren hat.

Englands Großmachtstellung beruht einzig und allein auf dem „größern Britannien.“ Seine wirtschaftlichen und politischen Existenzmittel sind einseitig: es ist Industriestaat und Seemacht. Englands Feind ist, wer ihm die Arbeitsgelegenheit zu nehmen droht. Es sind so im Grunde alle kolonialpolitischen Völker seine Gegner, sodaß England die andern Völker nicht in Freunde oder Feinde, sondern in Feinde erster, zweiter, dritter usw. Klasse einteilen und seine Politik danach einrichten muß. In erster Linie stehn die, die gegen die seiner Flagge unterstehenden Absatzgebiete drängen. Das ist Rußland, das nicht wirtschaftlich, sondern politisch Englands Arbeitsphäre bedrängt, und zwar auf der ganzen Linie von Konstantinopel bis Peking; dann Frankreich, das das nordwestliche Afrika der britischen Flagge entziehen will, und drittens die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren panamerikanische Doktrin Kanada bedroht. Deutschland schien nach englischer Anschauung gleichfalls unter diese Feinde erster Klasse zu gehören, weil England von dem plötzlich nach einem Kolonialbesitz strebenden Deutschland eine aggressive Mehrungspolitik fürchtete. Der Lärm, den England deshalb erhob, wurde wohl noch vermehrt infolge der Erkenntnis der eignen Nachlässigkeit. England hat bis in die achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts nichts gethan, von Staats wegen seine Kolonien zu vergrößern; es fühlte sich sicher und überließ alles dem Zufall. Erst als die Deutschen auf der Bildfläche erschienen, änderte es seine nachlässige Haltung in der Kolonialpolitik in eine verstärkte Expansionspolitik in dem am meisten vernachlässigten Kontinent, in Afrika, und es hat sich jetzt dort den Löwenanteil zu sichern gewußt. Da diese Politik von gleichartigen Bestrebungen der andern Völker begleitet wurde, so war es natürlich, daß dem Eifer das Kampfgeschrei entsprach, und von Afrika ein dauerndes Wetterleuchten nach Europa hinüberzuckte. Diese Zeit ist nun vorbei; die Grenzen und Interessen sind überall geregelt. Nur eine Frage ist noch geblieben, die ägyptische, aber sie geht Deutschland nur insofern an, als ihr Bestehn England für eine freundliche Stellung zu Deutschland geneigt machen muß. Von der ägyptischen Frage

gilt noch heute das, was Bismarck in der Reichstagsſitzung vom 2. März 1885 erklärte: „Die Freundschaft Englands wäre für uns wichtiger, als das zukünftige Schickſal von Ägypten,“ eine Anſchauung, die er noch in der Mitte der neunziger Jahre beſtätigte durch ſeine Worte: „Ich ſehe für uns keinen Grund, Steine in den englischen Garten zu werfen.“ Dieſe letzte Äußerung richtete ſich gegen das Beſtreben deutscher Anglophoben, Deutschland zu einer Parteinahme für die franzöſiſchen Ambitionen in Ägypten zu engagieren. England hatte ſich, als Deutschland als Kolonialmacht auftauchte, noch nicht in die Erkenntnis von der Weiſheit der Bismarckiſchen Tendenz eingelebt, daß die Völker neben, nicht gegen einander gedeihen. Aus der Kolonialpolitik Bismarcks, die alles andre nur nicht feindselig gegen England war, hätte dieſes erſehen müſſen, daß Deutschland nicht die Abſicht hatte und auch jetzt nicht hat, England in ſeinem Beſitzſtand zu ſchädigen. Das hat Bismarck mehrfach, am deutlichſten in der Reichstagsſitzung vom 26. Januar 1889 ausgeſprochen.*) England wird daher bei ruhiger Überlegung nicht umhin können, Deutschland zu den entferntern Feinden zu zählen.

England hat nun die Arrondierung ſeines kolonialen Beſitzes abgeſchloſſen — oder wird ſie vielmehr nach Erledigung der ſüdafrikanischen Frage abgeſchloſſen haben. Es iſt an Kolonialbeſitz überſättigt, nach einem jüngſt erfolgten Ausſpruch eines ſeiner Staatsmänner, und hat nun lediglich die Aufgabe des Erhaltens, indem es das „größere Britannien“ zu einem in ſich gefeſtigten Reiche durchbildet und zugleich deſſen Grenzen ſchützt gegen expaſſive Nachbarn, vor allem gegen Rußland und Frankreich. Deutschland ſteht dem britiſchen Imperialismus nicht im Wege, es betreibt ſeine koloniale

*) „Der Vorredner hat im Anfang ſeiner Rede die Frage berührt, in welche Beziehungen uns die Kolonialfrage zu auswärtigen Mächten ſetzt. Da kann ich die Verſicherung abgeben, daß wir in dieſer Frage wie in allen übrigen — und nicht ohne Erfolg — ſtets bemüht ge-
weſen ſind, uns in Fühlung mit der größten Kolonialmacht der Erde, mit England, zu halten, daß wir auch hier nur nach Verſtändigung mit England vorgegangen ſind und nicht weiter vor-
gehen werden, als wir uns mit England zu verſtändigen inſtande ſein werden. . . Im Kampf
mit England vorzugehen, im Widerſtreit, oder auch nur die Maßregeln zu erwidern, die von
einzelnen untergeordneten englischen Organen uns gegenüber getroffen werden, fällt mir nicht
ein. Wir ſind in Sanſibar ſowohl wie in Samoa mit der englischen Regierung abſolut in
Einigkeit und gehen mit ihr Hand in Hand, und ich bin feſt entſchloſſen, dieſe Beziehungen feſt-
zuhalten. . . Wenn die Blockade aufhört, ohne den Eindruck eines Bruchs der Einigkeit zwiſchen
England und Deutschland zu machen, ſo will ich nichts dawider haben. Dieſer Eindruck iſt mir
nach meiner politiſchen Auffaſſung die Hauptſache — ebenſo wie ich in andern Kolonien, in
Samoa z. B., unbedingt feſthalte an der Übereinkunft mit der englischen Regierung und
an dem Entſchluß, ſobald wir mit derſelben in Übereinkunft ſind, gemeinſam vorzugehen,
und ſobald wir das nicht ſind, uns zu enthalten oder mit Zurückhaltung zu verfahren. Ich
betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenoſſen, mit dem wir keine ſtreitigen
Interereſſen haben; wenn ich ſage »Bundesgenoſſen«, ſo iſt das in diplomatiſchem Sinne zu
faſſen; wir haben keine Verträge mit England; aber ich wünſche die Fühlung, die wir ſeit nun
doch mindedeſtens hundertfünzig Jahren mit England gehabt haben, feſtzuhalten, auch in den
kolonialen Fragen. Und wenn mir nachgewieſen würde, daß wir die verlieren, ſo würde ich
vorſichtig werden und den Verluſt zu verhüten ſuchen.“

Ausdehnung nicht über englische Grenzen, seine Ziele liegen nach anderer Richtung. Die Periode der Flaggenhissungen, die beide Völker in nationaler Nervosität hielt, ist vorüber. Die „freien“ Länder sind aufgeteilt, und neue Gebietswerbungen können nur noch durch Kauf oder als Kriegsentschädigung gemacht werden. In dieser Hinsicht aber ist ein ernster Streitpunkt nicht sichtbar.

Auch in handelspolitischer Hinsicht ist Deutschland nicht gegen, sondern neben England hochgekommen. Die Annahme der englischen Alarmisten, die in dem Wort *made in Germany* Ausdruck erhalten hat, läßt sich vor der Statistik nicht mehr halten. Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu dem Inselreiche lehren, daß eine immer weiter schreitende Arbeitsteilung zwischen den beiden Völkern stattfindet, ein Vorgang, der die beiderseitige Arbeit immer mehr auf einander anweist, und die Stellung beider Völker auf dem neutralen Markt ist nicht feindseliger, als die vieler englischer Kolonien zu ihrem Mutterlande.

Aber es ist klar, daß die Angst vor der deutschen Geschäftsgewandtheit einen großen Teil des britischen Volks verblendet und zu dem von dem Standpunkt der englischen Politik so überaus thörichten Verlangen, *Germaniam esse delendam*, geführt hat. Auch an politischen Versuchen, die Entwicklung Deutschlands niederzuhalten, hat es englischerseits nicht gefehlt. Das war aber damals erklärlich, weil das Erblühen eines neuen Staatswesens alle andern vor Zukunftsfragen stellt. In dieser Hinsicht hat England, wie es ja auch die andern Staaten nicht anders gemacht haben, lediglich in seinem Interesse gehandelt, wie ja auch wir nur in unserm Interesse handeln sollen. Es gibt viele, die auch im Leben nicht an Freundschaften, sondern nur an Interessengemeinschaft glauben, im politischen Leben aber ist der gegenteilige Glaube einfach Selbstmord.

Die britische Diplomatie steht vor allen andern Kabinetten vor dem schwierigsten Problem: sie hat die ganze Welt zum Feinde und möchte deren Zahl natürlich verringern. Nach einer weitverbreiteten Anschauung ist Deutschland Englands größter Konkurrent auf handelspolitischem Gebiet, Rußland bedroht England von der Landseite, und im Einverständnis mit Rußland schießt Frankreich nach Ägypten und erstrebt die Vorherrschaft des jetzt englischen Mittelmeers. In der Ferne taucht die Union als gefährlicher (in der Kohlen- und Eisenproduktion schon überlegener) Handelskonkurrent auf, der zudem einen Teil des englischen Bedarfs an Rohmaterial in der Hand hat und jetzt schon in der mittelamerikanischen Kanalfrage Anzeichen giebt, daß er England die härteste Konkurrenz in ganz Amerika und in der Südsee machen wird. Was da thun? Wir sehen, wie die britische Politik überall antippt, daß sie hin- und herschwankt. Man befreundet sich mit der Union, um diese der russischen Neigung zu entziehen: aber vitale Interessen erzeugen schon jetzt bei den Yankee's ablehnende Stimmungen. Man fragt bei Frankreich an und glaubt, daß sich dieses als Sturmbock gegen Deutschland gebrauchen lassen werde; aber die französischen Staatsmänner würden jedenfalls Ägypten beanspruchen und fürchten

zugleich einen großen Kampf wegen der französischen Kolonien. Dann erscheint Deutschlands gefestigte Stellung in Mitteleuropa wieder der englischen Politik notwendig, um die russische Politik von Asien abzulenken, und man sucht die deutsche Freundschaft, um Rußland mehr an seine Westgrenze zu fesseln. Und schließlich müssen auch noch Familienbeziehungen zwischen Petersburg und London herhalten, um die russische Politik von der Wahrung der eignen Interessen hinwegzulocken. Man sieht, es ist ein *embarras de richesse* von Problemen, die der britischen Staatskunst zur Lösung stehn.

Bei der jetzigen Schwäche Deutschlands zur See widersteht England wohl nur schwer der Lockung, der deutschen Handelskonkurrenz ein schnelles Ende zu bereiten, und zweifellos ist es dazu jetzt auch in der Lage. Die Englandhege, die von denen in Deutschland betrieben wird, die aus dem Niederbruch der deutschen Industrie Vorteile ziehen oder ihn doch in Gemütsruhe mitansehen könnten, mehrt in England die Partei derer, die das *Germaniam esse delendam* vertreten. Aber diese Stimmungen werden auf beiden Seiten vorübergehn. Es ist das Charakteristikum der Volkspolitik, daß sie immer wie hypnotisiert auf einen Punkt starrt, der gerade im Vordergrunde steht, und darum den Blick für das Ganze verliert, wie ihn der Staatsmann haben muß. Die Erkenntnis der wahren Sachlage in der vermeintlichen Gefahr der deutschen Expansion für England wird aber auch in englischen Volkskreisen allmählich durchdringen und damit zugleich das Bewußtsein, daß bei dem Mangel an ernstern Gegensätzen und der gesamten Lage gegenüber alles vermieden werden muß, solche künstlich zu schaffen, und zwar auf beiden Seiten. Denn auch auf deutscher Seite ist — nicht von der Diplomatie, sondern von Phantasiopolitikern — zur Entstellung der wahren Lage viel beigetragen worden.

Die Englandhege ist jetzt bei uns modern, und wer auf Kommerzen oder sonstwo populär bei uns werden möchte, der kann es sehr schnell durch ein Bonmot gegen England erreichen, und zahllose „Patrioten“ suchen diesen billigen Ruhm. Die Abneigung der Deutschen gegen die Engländer läßt sich ja wohl erklären: daß die Engländer kein Verständnis für ein Volk von „Denkern“ und „Dichtern“ haben, ist aus dem Gegensatz zwischen materiellem und idealem Sinn zu verstehn; auch bei uns sehen die „praktischen“ Kreise zuweilen auf die geistigen Elemente mit einer gewissen Geringschätzung, weil diese noch andre Ideale haben als den Thaler. Vielleicht stammt ein Teil der Abneigung des Deutschen gegen den Engländer aus dem umgekehrten Gefühl, nämlich aus dem idealen und ästhetischen Sinn des Deutschen. Es ist dasselbe wie mit dem Antisemitismus: der ästhetische Deutsche sträubt sich gegen den jüdischen Rassentypus, der ideale Deutsche gegen den krassen jüdischen Materialismus, und der gesellschaftlich vornehm gebildete Deutsche gegen die unangenehmen Formen des jüdischen Umgangs. Genau dasselbe könnte man *mutatis mutandis* als Deutscher gegen das Engländerthum sagen, das wir bei uns zu sehen gewohnt sind. Der Deutsche urteilt gern nach Außerlichkeiten und läßt sein Empfinden gern von äußern Eindrücken bestimmen. Da erscheint uns ja die Rinnbacken-

partie des englischen Typus und ihre Kraftmeierei unästhetisch, und wir bringen sie zusammen mit der Brutalität, die wir als englischen Charakterzug bezeichnen hören; wir sehen die rücksichtslose Haltung des Engländer und sein auffälliges Äußere und empfinden diese Rücksichtslosigkeit gegen deutsche Sitten als kränkend; wir bringen diese Empfindungen zusammen mit den Mitteilungen über Unmanneren bei politischen Vorgängen. Das ganze Bild verdichtet sich immer mehr in der Volksseele zu einer Abneigung gegen das Britentum. Es mag sein, daß diese Abneigung noch verstärkt worden ist durch den Umstand, daß wir gerade dort, wo wir uns eine neue Welt zu schaffen gedachten, in Afrika, einen Cecil Rhodes fanden, der viele deutsche Pläne durchkreuzte, zum Teil allerdings unterstützt durch die Abneigung Bismarcks gegen eine forcierte Expansivpolitik. Nun denken viele Deutschen, die Engländer wären lauter Rhodes, während in Wirklichkeit derartige Personen drüben nicht öfter vertreten sind als bei uns.

Ob diese persönliche Abneigung bei uns weiter besteht oder nicht, ist ziemlich gleichgiltig: wenn sie uns dazu anspornen sollte, den Engländern moralisch und politisch überlegen zu werden, so möge sie lieber bestehn, aber dieses Gefühl darf uns nicht verleiten, blind gegen unsern eignen Vorteil zu sein, wo es sich um dauernde Interessen des Staates handelt. Wir dürfen als ein Volk, das Selbstzucht ehrt, nicht dem Beispiel Frankreichs folgen, das fast eine komische Figur geworden ist und seine Gefühle ständig von fremden Wasserstrahlen gedämpft sieht. Es ist möglich, daß bei der Beurteilung der auswärtigen Politik in manchen deutschen Kreisen auch noch veraltete Anschauungen ihr Recht zu behaupten suchen: den Liberalen erschien England und Amerika als Land der Freiheit, den Konservativen Rußland als Vertreterin ihres Prinzips, und umgekehrt. Aber diese Anschauungen sind zweifellos durch die Thatfachen gegenstandslos geworden, seitdem die Einnischung in die innern Angelegenheiten andrer Staaten verpönt worden ist. Bei dem jüngern Geschlecht bricht immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Staaten nur nach ihrem machtpolitischen Interesse für uns zu beurteilen sind. Wir sehen die Staaten nicht mehr vom liberalen oder vom konservativen Standpunkt, sondern vom nationalen, vom deutschen. Nach einer Mitteilung Theodor Mommsens sagte Bismarck in einem Privatbrief: „Auf die Frage, ob ich russisch oder westeuropäisch gesinnt sei, habe ich immer geantwortet, daß ich ein Preuze bin. Was fremde Länder betrifft, so habe ich einzig Sympathie für England und seine Bewohner gefühlt; und selbst jetzt bin ich zu Zeiten nicht frei davon; aber sie wollen es uns nicht erlauben, sie zu lieben.“

Und wir sollen sie auch gar nicht lieben; dabei würden wir zu kurz kommen; und ihre Liebe hat auch gar keinen Wert für uns, besser ist es, wenn ihr Eigennuz sie veranlaßt, sich mit uns zu verständigen. Mit Sympathien ist in der hohen Politik nichts anzufangen. Es kann für die deutsche wie für die englische Politik nur einen Grund geben, nämlich die größten Vorteile für das Volk zu erzielen, nicht einen vorübergehenden — wie es für Deutschland die Samoa- und Bureneiferer verlangten —, sondern einen dauernden, und

dieser kann nur gewonnen werden, wenn Deutschland in seinen verantwortlichen Stellen sich von Liebe und Haß gleichmäßig fernhält und so — gänzlich unbefangen — ermöglicht, daß der latente Gegensatz zwischen andern Staaten nicht zum Ausbruch kommt, sondern möglichst lange fortbesteht, bis wir unser Schäfchen ins Trockne gebracht haben.

Das kann nicht erreicht werden, wenn deutsche Volksstimmungen die Leitung unsrer auswärtigen Politik in einen Haß gegen einen der andern Staaten hineinzutreiben suchen. Die Kaltblütigkeit, die unsre Regierung gegenüber der jetzt modernen antienglischen Stimmung bewahrt hat, wird ihr die Geschichte als Ruhmestitel ihrer Staatskunst zuweisen. Es liegt in der Natur menschlichen Charakters, daß sich auch Regierungen, um populär zu werden, gegen Volksstimmungen zugänglich zeigen, zumal in einem parlamentarischen Lande. Größer und verdienstvoller aber ist der Widerstand des Pflichtbewußtseins gegen menschliche Schwäche. Daß England unser Erbfeind sei, oder umgekehrt Deutschland der Englands, ist eine Lüge; wahr ist nur, daß England aus handelspolitischen Gründen das Aufkommen des kraftvollen Konkurrenten zu hindern gesucht hat, genau so, wie Osterreich und Frankreich, Rußland usw. dem aufstrebenden Preußen seit jeher Steine in den Weg geworfen haben. Sie handelten in ihrem Interesse und sehr richtig von ihrem Standpunkt. Erst als Osterreich eingesehen hatte, daß Preußen nicht niederzuhalten war, wurde es nicht aus Freundschaft, sondern aus eigenem Interesse unser Bundesgenosse, und genau dieselbe Wandlung muß England in seinem eignen Interesse machen. Es wird sich notwendigerweise zu einer Mitarbeit mit dem deutschen Volke entschließen und der Versuchung, Deutschland niederzuzwingen, widerstehn in seinem Interesse: daß das nicht geschehn wird, weil es uns liebt oder mit uns sympathisiert, ist selbstverständlich, ebenso wenig wie die Stellung Deutschlands hoffentlich jemals von solchen Gefühlen beeinflusst werden wird. In dieser Hinsicht kann die Englandhege bei uns lediglich den Erfolg haben, die Nachbarn zu einem Versuch zu ermuntern, Deutschland als Sturmbock ihrer Interessen zu benutzen. Deutschland aber hat ein Interesse an dem friedlichen Nebeneinander mit England, weil es nur so in Ruhe seine Ziele zur Schaffung eines größern Deutschlands durchführen kann. Obgleich sich manche Kreise bei uns bemühen, unsern leitenden Kreisen eine Neigung für England unterzuschleiben, so läßt sich doch nichts Thatsächliches für diese Behauptung erbringen, und ihre Absurdität müßte denn auch durch die Veröffentlichung der diplomatischen Aktenstücke über die Beschlagnahme deutscher Dampfer auch für die erwiesen sein, die den Wert des Diplomaten nach seiner in Verhandlungen zu Tage tretenden Grobheit schätzen.

Seitdem Deutschland nicht mehr Kontinentalmacht ist, sondern die Hälfte seiner Interessen das Meer passieren muß, die mit Kanonen zu schützen es jetzt noch nicht in der Lage ist, muß die deutsche Diplomatie noch emsiger auf die Wahrung der Grundsätze ausgehn, die Fürst Bismarck über das zwischen beiden Ländern innezuhaltende Verhältnis zu wiederholten malen — und be-

sonders in dem Jahre, das den Beginn deutscher Kolonialpolitik anzeigt, die doch einen äußern Grund für Konflikte bieten konnte — ausgesprochen hat.*)

*) Reichstagsitzung vom 5. Dezember 1876: „Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition einer hundertjährigen guten Beziehung — die unter Umständen in dem öffentlichen Gefühl ihre Momente der Erkaltung gehabt hat —, ich kann wohl sagen, mehr einseitig auf englischer Seite; wir sind unsern ersten Neigungen in der Beziehung fast durchgehend treu geblieben. Daß mitunter ein Preßkampf unter beiden Völkern gelegentlich vorübergehend stattfindet, das hindert nicht, daß die durch eine lange Geschichte bewährte Gemeinsamkeit mannigfacher Interessen und Meinungen zwischen uns und England auch für die Zukunft der Bürgerschaft einverständnisses ist.“ — Reichstagsitzung vom 19. Februar 1878: „Wir sind mit England in der glücklichen Lage, keinen Streit der Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was ernst zwei arbeitssame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte, und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebensogut Vertrauenspersonen sein können, wie ich sicher bin, daß wir es zwischen Österreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können.“ — Reichstagsitzung vom 10. Januar 1885: „Dann möchte ich doch den Herrn Vorredner (Windthorst) bitten, auch selbst einer so befreundeten Macht gegenüber, wie England, nicht in der leichten Weise von der Tribüne her den Frieden — ich will nicht sagen — zu stören, aber das Vertrauen auf den Frieden, indem er darauf hindeutet in dieser mehr oder weniger politischen Debatte, daß die Möglichkeit vorhanden sei, daß wir England einmal in Waffen gegenüberstehen könnten. Diese Möglichkeit bestreite ich absolut, die liegt nicht vor, und alle diejenigen Fragen, die jetzt zwischen uns und England streitig sind, sind nicht von der Wichtigkeit, um einen Friedensbruch zwischen uns und England weber drüben noch auf dieser Seite der Nordsee zu rechtfertigen, und ich wüßte nicht, was sonst zwischen uns und England für Streitigkeiten entstehen könnten; sie sind nie gewesen. Ich kann nach meinen diplomatischen Erfahrungen keinen Grund absehen, warum ein Friedensbruch zwischen uns und England möglich sein sollte, es müßte denn irgend ein unberechenbares Ministerium in England, das weder da ist, noch nach der politischen erblichen Weisheit der englischen Nation wahrscheinlich ist, in der ruchlosesten Weise uns angreifen und beschließen — ja, mein Gott, dann werden wir uns wehren —, aber abgesehen von dieser Unwahrscheinlichkeit ist gar kein Grund für eine Friedensstörung, und ich bedaure, daß der Herr Vorredner mich in die Notwendigkeit versetzt hat durch seine Andeutung, dieser Möglichkeit meine Überzeugung entgegenzusetzen zu müssen. Unsere Meinungsverschiedenheiten gegenüber England werden in menschlich absehbarer Zeit niemals die Tragweite haben, daß sie nicht durch ehrlichen guten Willen und geschickte vorsichtige Diplomatie, wie sie von unsrer Seite sicherlich getrieben wird, erledigt werden könnten.“ — Reichstagsitzung vom 10. Januar 1885: „Mit England leben wir in gutem Einvernehmen. Daß England in dem Bewußtsein: Britannia rules the waves, etwas verwunderlich aussieht, wenn die Landratte von Vetter — als die wir ihm erscheinen — plötzlich auch zur See fährt, ist nicht zu verwundern; die Verwunderung wird indes von den höchsten und leitenden Kreisen in England in keiner Weise geteilt. Die haben nur eine gewisse Schwierigkeit, den Ausdruck des Befremdens bei allen ihren Untertanen rechtzeitig zu mäßigen. Aber wir stehen mit England in althergebrachten befreundeten Beziehungen, und beide Länder thun wohl daran, diese befreundeten Beziehungen zu erhalten.“ — Reichstagsitzung vom 2. März 1885: „Die Freundschaft mit England wäre für uns wichtiger als das zukünftige Schicksal von Ägypten.“ — Reichstagsitzung vom 16. März 1885: „Meine Herren, den Satz konnte ich mir ja vollständig aneignen, daß wir, England und Deutschland, wenn nicht ausschließlich aufeinander angewiesen, doch den Beruf haben, nach Stammesverwandtschaft, nach historischen Traditionen, vor allen Dingen aber nach gemeinsamen Interessen und nach der Abwesenheit widersprechender Interessen im freundlichsten Einverständnis miteinander zu leben. Dieses Einverständnis zu suchen bin ich seit Jahr und Tag beschäftigt.“

Die gemeinsamen Interessen der beiden arbeitssamen Völker aber liegen in der Richtung, nicht zu dulden, daß andre Staaten ihnen in unlauterem Wettbewerb das Arbeitsfeld beschränken. Als die deutsche Flagge in Südwestafrika gehißt wurde, da stellte die St. James Gazette den englischen Staatsgrundsatz auf, daß alles Land, das nicht unter der Jurisdiktion einer „zivilisierten“ Macht steht, durch einen Federstrich zu englischem Gebiet gemacht werden könne. Auf der Kongokonferenz wurde diese Annahme gehörig gedämpft und dem internationalen Wettbewerb die Gleichberechtigung geschaffen. Nun, diese Annahme nehmen jetzt andre Völker auf. Die Union stellt eine Doktrin auf, nach der Europa von Amerika ausgeschlossen wird — nicht durch ernste Arbeit, sondern einfach durch eine Phrase, und zugleich verfügt sie über den mittelamerikanischen Kanal, als ob alles amerikanische Land von einem Polarmeer bis zum andern ihr gehöre. Daß dadurch der Handel und die Interessen aller Handelsvölker, insonderheit aber Deutschlands und Englands, schwer geschädigt werden, liegt auf der Hand, und beide haben das gemeinsame Interesse, daß die Monroe-Phrase nicht einfach zur That werde. In Asien macht Rußland Miene, den bisher neutralen Markt einfach in seine Sphäre hineinzuziehen, es schließt Verträge über Eisenbahnbau und Handel, die die fremde Arbeit kurzer Hand von diesem Markt abdrängt und sie der Gnade Rußlands preisgibt. Hier liegen wiederum gemeinsame Interessen Englands und Deutschlands vor, und es ist nötig, daß die Grundsätze der Kongokonferenz und die der Berliner Konferenz von neuem festgesetzt werden, wenn anders die deutsche Weltpolitik einen Zweck haben soll. Die den Frieden fördernde Gepflogenheit, die jetzt immer üblicher wird, die Interessensphären abzugrenzen und vor neuen Gebiets-erwerbungen die Zustimmung der Mächte einzuholen, darf nicht von einer Macht einfach ignoriert werden. Deutschland darf darum nicht dulden, daß sich andre Mächte darüber hinwegsetzen.

Die Interessengemeinschaft hört auf, wenn unmittelbar Zwistigkeiten entstehen, z. B. wenn Nordamerika mit Deutschland wegen der Zollverhältnisse oder mit England Kanadas wegen in Schwierigkeiten gerät; oder wenn Rußland mit Deutschland wegen der Arbeiterfrage und mit England wegen des persischen Golfs Auseinandersetzungen hat. Deutsche Interessen werden in dem letzten Falle nicht berührt. Rußland bedarf dieses Ausgangs zum Meere. Wenn sich England dadurch in Indien bedroht glaubt und dieser Ansicht in einem Kriege gegen Rußland Ausdruck giebt, so ist das Englands Sache. Für Deutschland kann dieser Kampf erst dann Interesse gewinnen, wenn eine der beiden Parteien im Falle des Siegs das Maßhalten verliert und Miene macht, internationale Interessen, die mit dem Kampfobjekt nichts zu thun haben, zu schädigen, oder wenn die eine Macht so geschwächt wird, daß das Gleichgewicht bedroht ist. Nur durch Maßhalten ist 1866 und 1871 die Intervention fremder Mächte, die immer beschämend ist, ferngehalten worden.

Es berührt eigentümlich, daß dieselben Politiker, die nicht müde werden,

gegen England zu hegen, Rußland gegenüber besorgt sind, daß es ein Wort oder einen Blick übel nehmen könnte. Eine solche Haltung ist nicht deutsch, sie ist russisch, sie besorgt lediglich Rußlands Geschäfte. Für den deutschen Diplomaten kann es allein darauf ankommen, deutsche Ziele zu verfolgen, und wenn diese Ziele dem Nachbar zur Rechten oder dem zur Linken oder auch dem angelsächsischen Vetter nicht gefallen, so mag er thun, was er nicht lassen kann. Die Weltlage ist derart, daß der Engländer wie der Russe Anlaß hat, sich des deutschen Wohlwollens sicher zu halten, und daß er sich in das Unvermeidliche fügen wird, um der größern Sache willen. Wer im Gedränge nach allen Seiten Rücklinge machen will, stößt überall an, und am besten kommt der vorwärts, der ohne viel rechts und links zu sehn hindurchstrebt nach seinem Ziele. Der Wille imponiert, nicht das Rücksichtnehmen. Seinen Willen durchzusetzen, dazu gehört allerdings Kraft. Nun ist unsre Landseite zwar stark, aber die Seeseite harret noch des Waffenschutzes, der starken Flotte. Wer weder eine russische, noch eine englische, sondern eine deutsche Politik will, der decke Siegfrieds Schwäche mit Stahlpanzern. Nur so wird es dem deutschen Volke gelingen, seinen Weg zu gehn.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Der Weg der deutschen Weltpolitik führt auf schmalem Steige an Klippen und Abgründen vorbei, er erheischt von denen, die ihn betreten, kaltblütige Sicherheit; aber er ist da, und er führt auf die Höhe deutscher Wohlfahrt. Da soll man nicht zagen und ängstlich um sich schauen, wenn hie und da ein Stein in den Abgrund poltert; nur vorwärts muß der Blick gerichtet sein, nicht rückwärts oder in die Tiefen, nur vorwärts auf die deutsche Zukunft.



Zur Frauenfrage

(Schluß)



In Preußen ist im Frühjahr 1898 der auf Errichtung eines städtischen öffentlichen Mädchengymnasiums nach dem Lehrplane eines sogenannten Reformgymnasiums gerichtete Antrag des Magistrats zu Breslau von der Unterrichtsverwaltung a limine abgelehnt worden, und zwar, wie der damalige Kultusminister im Abgeordnetenhaus am 20. April 1898 ausführte, wegen des engen Zusammenhangs der Sache mit den Verhältnissen der Universitäten und mit den Lehrerinnenprüfungen. Man wird dem Minister darin nur beipflichten können, daß ein Zugeständnis auf diesem Gebiete einen nicht wieder rückgängig zu